

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Dr. Ingard Schwaetzer,
Dr. Hermann Otto Solms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/6446 –**

Neue Wachstumschancen mit durchgreifenden wirtschaftspolitischen Reformen schaffen – Blitzprogramm für die deutsche Wirtschaft

A. Problem

Umfassende Reformen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Angesichts der Korrekturen der Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute nach unten ist sofortiger Handlungsbedarf durch die Bundesregierung durch konkrete Reformschritte, etwa im Bereich der Einkommensbesteuerung oder der Öko-steuer, gegeben.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Frak-
tion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6446 – abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Dr. Ditmar Staffelt
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Ditmar Staffelt

I.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/6446 – wurde in der 180. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die antragstellende Fraktion stellt fest, dass die Wirtschaftsforschungsinstitute die Wirtschaftsprognosen nach unten korrigieren. Der Ifo-Geschäftsklimaindex beschreibt seit 11 Monaten eine Abwärtsbewegung. Daher wird sofortiger Handlungsbedarf der Bundesregierung gesehen. Deutschland bedürfe dringend einer durchgreifenden Reform der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung soll unter anderem aufgefordert werden, die nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen, auf weitere Stufen der Ökosteuer zu verzichten, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken, das Tarifrecht zu flexibilisieren und die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes zurückzuziehen.

III.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 84. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und Teilen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung von Teilen der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/6446 – in seiner 62. Sitzung am 25. September 2001 abschließend beraten.

Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU gefasst.

Berlin, den 25. September 2001

Dr. Ditmar Staffelt
Berichterstatter

